

DEUTSCHE WIRTSCHAFT

DIE WIRTSCHAFT DER BUNDESREPUBLIK

IM 2. VIERTELJAHR 1960

Seit dem Boom von 1950/51 anlässlich der Korea-Krise hat die Notenbank nicht mehr so stark und umfassend in den geldwirtschaftlichen Verkehr eingegriffen, wie es durch das Bündel von krediteinschränkenden Maßnahmen geschah, die der Zentralbankrat am 2. Juni beschloß — erst einen Tag nach Inkrafttreten der vierten Mindestreserven-Erhöhung seit Oktober 1959. Diese Maßnahmen, mit denen der Zentralbankrat fast bis an die Grenzen des ihm zur Verfügung stehenden kreditpolitischen Spielraums ging und sogar die Freizügigkeit im Devisenverkehr wieder etwas einschränkte, haben natürlich großes Aufsehen erregt und die Diskussion um die Konjunktur erneut in das volle Rampenlicht der Öffentlichkeit gerückt.

Das Gesamtbild der Konjunktur war kurz vor Sommeranfang indessen nicht wesentlich anders, als wir es seit Monaten kennen und wie wir es im letzten Vierteljahresbericht zur Wirtschaftslage (GM, 4/1960, S. 235 ff.) beschrieben haben. Nach wie vor bestimmen die überaus lebhaftige Investitionstätigkeit und die kräftige Auslandsnachfrage — meist ebenfalls nach Investitionsgütern — die gegenwärtige Hochkonjunktur. Diese Nachfrageausdehnung geht über die Produktionsmöglichkeiten hinaus, so daß insbesondere in den Wirtschaftsbereichen, die Investitionsgüter und deren Vorprodukte herstellen, die Auftragsbestände erheblich angewachsen sind und die Lieferfristen zugenommen haben. In den verbrauchsnahen Bereichen schwächte sich demgegenüber die Nachfrage merklich ab. Dadurch rückte sie näher an die Entwicklung der Verbrauchernachfrage heran, die immer noch trotz einer erkennbaren Kräftigung in letzter Zeit hinter der gesamten Entwicklung einherhinkt. Auf der Angebotsseite ist die hohe Produktionselastizität auffallend. Seit Herbst vergangenen Jahres produziert die Industrie auf einem im Vergleich zu den entsprechenden Vorjahrszeiträumen um 11 bis 12 vH angestiegenen Niveau.

Im 1. Vierteljahr 1960 stieg die Industrieproduktion — genau angegeben, arbeitstäglich gerechnet — im Jahresvergleich um 12,4 vH an und im April um 11,7 vH¹⁾. Die Zuwachsraten waren allerdings in den einzelnen Industriebereichen sehr unterschiedlich. Im April z. B.

1) Dieser Bericht wurde am 12. Juni 1960 abgeschlossen. Bis dahin lagen Angaben über die industrielle Produktion und Auftragslage erst bis zum Monat

betrug das Jahreswachstum in der Investitionsgüterindustrie 15,8 vH, der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie 14,9 vH, der Energieerzeugung 13,4 vH, der Bauproduktion 10,9 vH, der Verbrauchsgüterindustrie 10,6 vH, dem Bergbau, 3,5 vH und schließlich der Nahrungs- und Genußmittelindustrie nur 1,8 vH. Interessant für die Beurteilung der Konjunkturentwicklung ist ein Vergleich der Produktionsindexzahlen vom April 1960 mit denen des Monats November 1959, wie ihn das Wirtschaftswissenschaftliche Institut der Gewerkschaften in seinem neuesten Konjunkturbericht vornimmt (WWI-Mitteilungen, 6/1960). Im Monat November wird nämlich in der Regel bei den meisten Industriezweigen und -bereichen im Saisonverlauf die jahreszeitliche Spitze erreicht, und es kommt selten vor, daß dieser Höhepunkt im folgenden April schon wieder erreicht oder gar überschritten wird. In diesem Jahr überstieg indessen die Produktion der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie den Novemberstand um 3 vH, die der Investitionsgüterindustrie um 0,2 vH, während bei der Verbrauchsgüterindustrie die April-Produktion noch um 6,1 vH unter der des vorigen November lag.

Dennoch sind selbst bei vielen von der Nachfrage bedrängten Branchen die Produktionsanlagen nicht bis an die äußerste Grenze und auch nicht über das Kostenoptimum hinaus ausgenutzt, wie es während des Booms von 1955/56 allgemein der Fall war. Offensichtlich streben die meisten Unternehmer eine maximale Ausnutzung der Produktionsmöglichkeiten wegen der damit verbundenen Kostenerhöhung gar nicht an, sondern ziehen „statt dessen ein die kontinuierliche Beschäftigung für längere Zeit garantierendes Auftragspolster“ vor, wie das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung in einer Untersuchung über „Die Anlagen-Ausnutzung der westdeutschen Industrie“ (in seinem Wochenbericht vom 3. Juni 1960) ausführt. Hieraus erklärt sich auch wenigstens zum Teil, daß bisher meist nur die Lieferzeiten verlängert wurden, während die industriellen Erzeugerpreise trotz des Anwachsens der Auftragsbestände zum großen Teil stabil blieben oder nur geringfügig anstiegen: Nicht die maximale, sondern die optimale Ausnutzung der Anlagen ergibt für die Unternehmer bei niedrigen Stückkosten höchste Gewinne.

Im 1. Vierteljahr 1960 war die gesamte westdeutsche Industriekapazität mit 89,7 vH der möglichen Ausnutzung jedenfalls zwar um rund 10 vH besser ausgenutzt als ein Jahr zuvor, aber immer noch um rd. 3 vH weniger als im 1. Vj. 1956, das seit der Geldreform den bisher höchsten Ausnutzungsgrad in einem ersten Vierteljahr überhaupt aufweist. Dasselbe Bild zeigt mit 88,3 vH Ausnutzung die Investitionsgüterindustrie, wobei allerdings größere Kapazitätsreserven im Schiffbau und im Stahlbau einer relativ starken Anlageausnutzung im Fahrzeug-

bau und in der Elektroindustrie gegenüberstehen. Den höchsten Ausnutzungsgrad erreichte im 1. Vj. 1960 mit 95,6 vH die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie, aber auch hier ist die Ausnutzung trotz der starken, freilich auf die Dauer wohl nicht durchzuhaltenden Anspannung noch niedriger als im Durchschnitt der Boom-Zeit 1955/56. In diesem Jahr werden die Produktionskapazitäten der Industrie Lei der starken Investitionstätigkeit und -neigung der Unternehmer erneut um schätzungsweise 8 vH ansteigen. Der Ausnutzungsgrad wird demnach im Durchschnitt der gesamten Industrie *dann* nicht weiter ansteigen, *wenn* das industrielle Wachstum im Jahresdurchschnitt 8 vH nicht übersteigt. Sollte die Produktion aber weiterhin, wie im ersten Drittel dieses Jahres, um rd. 12 vH ansteigen, dann wäre allerdings — worauf das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung hinweist — eine überhöhte Anlageausnutzung ähnlich wie 1955/56 zu erwarten. Jedoch ist damit zu rechnen, daß die Produktions-Zuwachsraten im weiteren Jahresverlauf abnehmen werden, da in den ersten Monaten des Jahres mit Vorjahrsmonaten verglichen wurde, die noch eine sich von der damaligen Flaute erst langsam erholende Produktion aufwiesen.

Einer weiteren Ausdehnung der Produktion dürfte in einer ganzen Reihe von Branchen schon durch den *Arbeitskräftemangel* Grenzen gesetzt sein, der andererseits wieder ein Motiv für verstärkte (Ausrüstungs-)Investitionen ist. Ende Mai wurden im Bundesgebiet nur noch 153 161 Arbeitslose (darunter 68 063 Frauen) registriert gegenüber 324 829 Personen im Mai 1959 und 187 199 am 30. September 1959, dem bisherigen Tiefstand. Die Arbeitslosenquote betrug nur noch 0,8 vH insgesamt und bei den Männern sogar nur 0,6 vH. Demgegenüber meldeten die Arbeitsämter Ende Mai 487 700 unbesetzte Stellen. Bei dieser Arbeitsmarktlage hat sich die Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung zu einer verstärkten Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte entschlossen. Das Gesamtkontingent für die Hereinnahme ausländischer Arbeitskräfte liegt nach einem am 20. Mai von der Bundesanstalt veröffentlichten Bericht bei 100 000, darunter 70 000 gewerblichen und 4 000 landwirtschaftlichen Arbeitnehmern aus Italien. Bis zum 7. Mai wurden 31 526 Italiener angeworben.

Da auf dem Arbeitsmarkt kaum noch Arbeitskräfte vorhanden sind und durch Flüchtlinge aus Mitteldeutschland oder Wiederbeschäftigung von Hausfrauen auch keine merkliche Vergrößerung der Beschäftigtenzahl zu erwarten ist, bleibt als fast ausschließliche Möglichkeit zur Produktionsausweitung die *Steigerung der Produktivität*. Sie ist auch in den letzten Monaten sehr groß gewesen, obwohl die Produktionskapazitäten inzwischen optimal ausgenutzt sind und infolgedessen eine bessere Kapazitätsausnutzung als Ursache des Produktivitätszuwachses kaum

noch ins Gewicht fällt. Im ersten Drittel des Jahres dürfte die Produktionsleistung je Arbeiterstunde in der Industrie gegenüber der gleichen Vorjahrszeit um etwa ein Zehntel zugenommen haben. Dabei ist der seit langem zu beobachtende „Sog, der Arbeitskräfte von ungünstigen Arbeitsplätzen abzieht und sie den leistungsfähigeren zuführt, gegenwärtig mit einer der Gründe für das rasche Wachstum der Arbeitsproduktivität“ (WWI-Mitt., 6/1960). Um wieviel Industriezweige mit fortschrittlichen Produktionsweisen stärker vorgedrungen sind als Branchen mit relativ niedriger Produktivität, davon vermitteln die Ergebnisse einer Untersuchung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung eine Vorstellung, die in dessen Wochenbericht vom 6. Mai 1960 (S. 82) abgedruckt worden sind. Das Institut hat den Fahrzeugbau, die Kunststoffverarbeitung, die chemische Industrie, die Erdölgewinnung und -Verarbeitung sowie die Elektrotechnik zu einer Gruppe der „Wachstumsindustrien“ zusammengefaßt. Der Anteil dieser Gruppe an der Produktion der Gesamtindustrie stieg von 19 vH im Jahre 1950 auf 29 vH im Jahre 1959 und auf 31 vH im 1. Vj. 1960 an. „1959 machte der Produktionszuwachs der sechs Wachstumsindustrien 56 vH des Produktionszuwachses aller (40) Industriezweige aus. Im 1. Quartal 1960 betrug diese Quote etwa 41 vH.“ Das Statistische Bundesamt hat sich ebenfalls mit dem „Struktureffekt“ befaßt und errechnet, daß die Zunahme des Produktionsergebnisses je Beschäftigten 1959 statt 6,8 vH nur 5,9 vH betragen hätte, wenn sich die Anteile der Branchen an der gesamten Industrieproduktion seit 1950 nicht verändert hätten (Wirtschaft und Statistik, 4/1960, S. 201 ff.). Hieraus ist freilich auch ersichtlich, daß für den hohen Produktivitätszuwachs eine andere Ursache entscheidender sein muß. Es handelt sich dabei — abgesehen von besser geplanten Produktionsprogrammen und -abläufen in den Betrieben — um die starke Zunahme der Kapitalausstattung (Brutto-Anlagevermögen) je Beschäftigten, der Kapitalintensität, mit anderen Worten: um den Ersatz menschlicher Arbeitskraft durch Maschinen, ermöglicht durch technischen Fortschritt und Kapitaleinsatz. In den Jahren 1958 und 1959 stieg die Kapitalintensität nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, 1/1960, S. 61 ff.) um jeweils 7 vH, für 1960 wird ein weiteres Wachstum um 6 vH erwartet: das „hat es in der ganzen deutschen Industriegeschichte noch nie gegeben“ (S. 83).

Die Kapitalintensität ergibt sich natürlich aus der hohen Investitionstätigkeit und -neigung, die trotz aller krediteinschränkenden Maßnahmen jedenfalls bis zum Frühjahrsende angehalten hat, wengleich auch die Auftragsstatistik im April eine Abschwächung des Jahreswachstums zeigte. Gegenüber dem April 1959 nahmen die

Bestellungen im April 1960 in den Investitionsgüterindustrien um 20 vH zu, während die Zuwachsraten im 1. Vj. 1960 zwischen 32 und 37 vH betragen. Noch stärker verlangsamt sich das Tempo der Bestellfähigkeit bei der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie von über 30 vH im 1. Vj. 1960 auf 7 vH im April — sowie im Durchschnitt der Industrie überhaupt, hier von rd. 30 vH auf nur 5 vH. Bei der Verbrauchsgüterindustrie war der Auftragseingang im April sogar mit — 19 vH erstmals seit Ende 1958 niedriger als das jeweils entsprechende Vorjahrsergebnis. Eine Entspannung ist auch in der Bauwirtschaft zu verzeichnen. Während das genehmigte Bauvolumen (cbm umbauter Raum) im 1. Vj. 1960 noch 16 vH betrug — was wegen der gewollten Verlagerung der Auftragsvergabe in die Wintermonate nicht als übersteigert angesehen werden kann —, war es im April um 4 vH niedriger als ein Jahr zuvor. Dabei war der Rückgang im Wohnungsbau mit — 7 vH sogar noch stärker. Ob das Nachlassen der Bestellfähigkeit, wenigstens zum Teil, auf die Osterfeiertage im April zurückzuführen ist oder ob sich daraus ergibt, daß die Nachfrage im April des vergangenen Jahres im ganzen und in den meisten Industriebereichen sprunghaft angestiegen war und dieses höhere Niveau als Vergleichsbasis diente, oder ob sich nunmehr doch die Krediteinschränkungen der Bundesbank bemerkbar machen, das kann erst beurteilt werden, wenn die Ergebnisse der nächsten Monate vorliegen.

*

Für die sechs Monate vom Oktober 1959, dem Beginn der Kreditrestriktionen, bis zum März 1960 kann jedenfalls selbst die Bundesbank noch keine merkliche Dämpfung der Kreditexpansion der Banken erkennen. „Der Druck auf die Bankenliquidität (war) bisher noch nicht groß genug“, so stellt die Bundesbank in ihrem Monatsbericht für Mai 1960 fest, „um die Banken zu einer fühlbaren Einschränkung ihrer Kreditaktivität zu zwingen, wie sie erforderlich wäre, um mit Nachdruck auf die Wiederherstellung des Gleichgewichts zwischen Angebot und Nachfrage hinzuwirken.“ Diese Erkenntnis hat den Zentralbankrat am 2. Juni zu den anfangs bereits erwähnten scharfen kreditpolitischen Maßnahmen bewogen. Im einzelnen wurde u. a. mit Wirkung vom 1. Juli ab die fünfte Erhöhung der Mindestreserven seit Oktober 1959 beschlossen, die vierte war erst am 1. Juni vorausgegangen. Nunmehr soll der Zuwachs an mindestreserverpflichtigen Inlandseinlagen bei den Banken, der über den durchschnittlichen Einlagenstand der Monate März bis Mai hinausgeht, mit den gesetzlich zulässigen Höchstsätzen belegt werden, das sind 30 vH für Sichteinlagen, 20 vH für Termineinlagen und 10 vH für Spareinlagen. Damit dürften die Mindestreserven, die die Banken und Sparkassen zinslos bei der Bundesbank stilllegen müssen und

die infolgedessen für eine Kreditgewährung ausfallen, nunmehr etwa 13,5 bis 14 Mrd. DM betragen gegenüber knapp 7,5 Mrd. DM im Oktober 1959. Aber auch die Möglichkeit der Banken, sich durch den Verkauf (Rediskont) von rediskontfähigen Handelswechseln an die Bundesbank Geld zu beschaffen, wurde weiter eingeschränkt, indem die Rediskont-Kontingente ab 1. Juli bei einem Betrage bis zu 5 Mill. DM um 15 vH statt bisher um 10 vH und für 5 Mill. DM übersteigende Beträge um 40 vH (bisher 30 vH) gekürzt werden. Hierdurch dürften die Rediskont-Kontingente insgesamt auf etwa 4 Mrd. DM beschränkt worden sein.

Am meisten Aufsehen erregten aber die Erhöhung des Diskontsatzes und die damit im Zusammenhang stehenden Einschränkungen der Devisenfreiheit, nachdem erst vor etwas über einem Jahr die letzten Reste der 1931 eingeführten Devisenbewirtschaftung beseitigt worden waren. Der Diskontsatz wurde ab 3. Juni von 4 auf 5 vH erhöht, wodurch zwangsläufig das inländische Zinsniveau ansteigt. Da das Zinsniveau in der Bundesrepublik nach der Diskonterhöhung einen Stand erreicht, der über dem in den meisten westeuropäischen Ländern und in den Vereinigten Staaten — wo zur gleichen Zeit in einigen Gebieten und im Laufe des Monats Juni überall eine Diskontsenkung auf 3,5 vH erfolgte — liegt, wären sicherlich größere Mengen Auslandsgeld nach Westdeutschland eingeströmt, wenn der freie Devisenverkehr aufrechterhalten worden wäre. Die von der Bundesbank zur Eindämmung der Geldflüssigkeit getroffenen Maßnahmen wären dadurch zumindest weitgehend wirkungslos geworden. Deshalb beschloß der Zentralbankrat Maßnahmen, durch die eine spekulative Zufuhr von Auslandsgeld uninteressant wird. Er verbietet die Verzinsung ausländischer Einlagen; außerdem dürfen Geldmarktpapiere oder Wechsel an Devisenverkehr aufrechterhalten worden, den, wie auch andere Transaktionen künftig untersagt sind, die einer Umgehung des Verzinsungsverbotes gleichkommen. Nicht der Abfluß von Devisen ist also diesmal, wie in den 30er-Jahren. Anlaß für eine Beschränkung der Freizügigkeit im Devisenverkehr, sondern umgekehrt gerade die Furcht vor einem zu großen Devisenzufluß.

Die Maßnahmen der Bundesbank sind in Fachkreisen sehr umstritten und in ihren Auswirkungen auch noch nicht zu übersehen. Fest steht aber, daß die Bundesbank auch diesmal die sich aus der Struktur unseres Außenhandels ergebende größte Quelle der Geldflüssigkeit, nämlich die hohen und chronischen Ausfuhrüberschüsse, nicht zustopfen kann. „Das Paradoxe an der Situation ist und bleibt“, stellt die Berliner Bank in ihrem Börsenbrief vom 3. Juni 1960 zu den neuen Restriktionen fest, „daß die inländische Nachfrageausweitung, die man zu verhindern trachtet, nicht so sehr auf einer Kreditexpan-

sion, sondern auf den Devisenüberschüssen beruht. Im ersten Vierteljahr 1960 flossen der Wirtschaft aus dieser Quelle rund 1,6 Mrd. DM zu, während ihr Mittelzugang aus kurzfristigen Bankenkrediten bis Ende April nur rund 1 260 Mill. DM betrug, der sich hauptsächlich auf die Monate Februar und März konzentrierte.“ Die Bank für Gemeinwirtschaft meint in der Mai-Ausgabe ihrer Wirtschaftsblätter von den aus dem Außenhandel stammenden Devisenüberschüssen, daß sie „im Grunde nur der Ausdruck eines gewissen Inflationsvorsprungs des Auslands vor der Bundesrepublik (sind). Hierin wird solange keine wesentliche Änderung eintreten, wie nicht die Preisniveaus der größeren Industriestaaten international sich stärker angleichen oder die Relationen der Wechselkurse zueinander, insbesondere gegenüber dem Dollar, den tatsächlich gegebenen Kaufkraftparitäten nähergebracht werden.“ Das ist zweifellos, wenn überhaupt, nur nach sorgfältigen Überlegungen und langfristig erreichbar. Aber schon jetzt lassen sich die Ausführüberschüsse durch eine großzügige Förderung der Einfuhr sicherlich erheblich verringern. Dazu bedarf es freilich des festen Willens der Bundesregierung, sich gegen den Interessentendruck aus manchen Kreisen der Industrie, die gegen die Einfuhr aus Niedrigpreisländern sind, sowie vor allem der Landwirtschaft durchzusetzen, die am liebsten jede zusätzliche Nahrungsmiteinfuhr unterbinden möchte. Durch Senkung von Zöllen, Verbrauchssteuern (z. B. auf Kaffee und Tee) sowie der Umsatzausgleichssteuer läßt sich auch noch manches erreichen.

Den Krediteinschränkungen haftet im übrigen der Mangel an, daß sie sich „naturgemäß immer nur auf diejenigen auswirken können, die überhaupt auf Kredite angewiesen sind, nicht aber auf die wirtschaftlich so machtvollen Firmen, die sich durch eine Politik kräftiger Selbstfinanzierung von den Kreditmärkten unabhängig gemacht haben“ (WWI-Mit., 6/1960). Gerade diese Firmen zeigen aber im allgemeinen die größte Investitionsbereitschaft, während die finanziell schwächeren Firmen und Wirtschaftszweige am stärksten betroffen werden. Hinzu kommt, daß die öffentlichen Investitionen dem Einwirken der Bundesbank weitgehend entzogen sind, weil sie überwiegend aus Steuermitteln finanziert werden. Was die dringend erforderliche Ergänzung der Konjunkturpolitik der Bundesbank durch eine konjunkturstabilisierende Finanzpolitik angeht, so haben wir bereits in früheren Berichten sowie in einem besonderen Aufsatz in den GM, 5/1960²⁾ auf die engen Grenzen hingewiesen, die gegenwärtig für eine derartige Politik bestehen und die in erster Linie eine Folge von Unterlassungen in der Vergangenheit sind. Es zeigt sich jetzt jedenfalls, daß die amtliche Wirtschaftspolitik nicht

2) Günter Pehl: Möglichkeiten und Probleme antizyklischer Finanzpolitik, GM, Heft 5/1960 S. 273 ff.

mit den Spannungen und Gefahren, die sich aus einer Hochkonjunktur für den Geldwert und die Stetigkeit des Wirtschaftswachstums ergeben, fertig wird, und zwar vor allem deshalb nicht, weil die Verantwortlichen offensichtlich aus ideologisch-dogmatischen Gründen nicht den Willen hatten, sich rechtzeitig auf solche Situationen vorzubereiten. Wer lenkende Eingriffe des Staates in den Wirtschaftsablauf bereits als „Weg in die Knechtschaft“ ansieht, der muß in Situationen wie der gegenwärtigen versagen. Es ist zu hoffen, daß die amtlichen Wirtschaftspolitiker Lehren aus ihrer gegenwärtigen Hilflosigkeit ziehen und sich nunmehr ernsthaft mit der Frage nach den erforderlichen Lenkungsmitteln befassen. Vielleicht gelangen manche Politiker dabei auch zu der Einsicht, daß eine milde Form von Investitionskontrolle oder Investitionslenkung gezielter wirken kann und deshalb geeigneter zur Konjunktur stabilisierung ist als die kreditpolitische Pferdekur. Die DGB-Gewerkschaften forderten dieses Mittel jedenfalls bereits in ihrem Münchner Grundsatzprogramm von 1949-

~

Die hier geübte Kritik an den Versäumnissen der amtlichen Wirtschaftspolitik findet sich auch in einem Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundeswirtschaftsministerium über grundsätzliche Fragen einer konjunkturbewußten Lohnpolitik, das Mitte April veröffentlicht wurde. Die Bundesregierung hat weder die vom Beirat - erstmals schon in einem Gutachten vom Sommer 1956 - empfohlenen „Maßnahmen zur Koordination der Wirtschaftspolitik“ - u. a. die jährliche Vorlage eines Wirtschaftsprogramms - ergriffen, noch „eine klare gesamtwirtschaftliche Entscheidung über den Kurs der allgemeinen Wirtschaftspolitik“ gegeben, die „in groben Zügen“ festlegt, „welches Verhältnis von privatem Verbrauch, Investitionen und Staatsverbrauch angestrebt werden soll.“ Eindeutig weist der Beirat darauf hin, daß die „Sicherung der Preisstabilität ein *generelles* Anliegen der Wirtschaftspolitik ist.“ Die Lohnpolitik kann und darf sich zwar nicht der Mitverantwortung für stabile Preise entziehen, „ebensowenig aber kann ihr zugemutet werden, allein die Verantwortung zu tragen.“ Gleich dem Blessing-Gutachten stellt der Beirat fest, daß „die Reallohnentwicklung (1959) sogar hinter dem Produktivitätsfortschritt zurückgeblieben ist.“ „Gefahren einer Überhitzung der Konjunktur drohen von der sich im Vergleich zur Zunahme des Gesamtproduktes überproportional ausdehnenden Investitionstätigkeit, von den Außenhandelsüberschüssen und von dem schnellen Wachstum der Ausgaben der öffentlichen Haushalte.“

Damit wird die von den Arbeitgeberverbänden lautstark in der Öffentlichkeit verbreitete Behauptung, daß die gewerkschaftliche Lohnpolitik in erster Linie Ursache der Konjunktur-

DEUTSCHE WIRTSCHAFT

Übersteigerungen sei, auch vom Wissenschaftlichen Beirat widerlegt. Das Gutachten räumt auch mit einer anderen, von den Gewerkschaften schon immer als falsch abgelehnten These der Arbeitgeber auf, nämlich mit der Auffassung, daß die Preise nur dann stabil bleiben können, wenn die Löhne weniger als oder höchstens im gleichen Ausmaß wie die Produktivität ansteigen. Im einzelnen wird im Gutachten begründet, warum „die Bindung des Reallohnes an die gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivität weder eine in allen Situationen notwendige noch eine stets hinreichende Vorbedingung der Geldwertstabilität ist“. Die feste Bindung an eine

Lohnquote wird mit den gleichen Gründen abgelehnt, auf die jedoch im Rahmen dieses Berichts ebensowenig eingegangen werden kann wie auf andere interessante Ausführungen des Gutachtens. Hier muß auch darauf verzichtet werden, einige kritische Anmerkungen zu machen und auf einige Widersprüche in dem im ganzen äußerst aner kennens- und begrüßenswerten Gutachten hinzuweisen. Nur so viel sei noch erwähnt, daß der Beirat eingehend die Zusammenhänge zwischen einer besseren Einkommens- und Vermögensverteilung und der Notwendigkeit einer stärkeren Sparleistung darstellt.

Günter Pehl